

Juli 2007

Politische Bildung

Herr Ratspräsident

Liebe Kolleginnen und Kollegen

Nachdem wir in der vergangenen Woche den Vorstoss zur Senkung des aktiven Stimmrechters auf 16 überwiesen haben, behandeln wir heute ein ganzes Vorstosspaket mit dem Ziel die politische Bildung zu verbessern. Damit die Jugendlichen in der Praxis bestehen können, brauchen sie das nötige Wissen. Auf der anderen Seite gewinnt die politische Bildung an Wert, wenn die Schülerinnen und Schüler gleich im Anschluss daran ihr Stimm- und Wahlrecht ausüben können. Die Einführung des Stimmrechters auf 16 macht nur Sinn, wenn damit auch eine massive Verbesserung der politischen Bildung verbunden ist.

Die Veröffentlichung der ersten höchst besorgniserregenden Ergebnisse der schweizerischen Studie „Geschichte und Politik im Unterricht“ löste im Oktober/ November 2006 diverse Medienberichte aus. Spätestens zu diesem Zeitpunkt wurde allen klar, dass mit der mangelhaften politischen Ausbildung ein Problem auf uns zukommt, das wir so schnell wie möglich lösen müssen. Der Tagesanzeiger vom 1. November 2006 schrieb beispielsweise: *„Bei der politischen Bildung versagt die Schule. Neuntklässler wissen praktisch nichts über das politische System der Schweiz. (...)“* Befragt wurden in dieser Studie 1500 Jugendliche Neuntklässlerinnen und Neuntklässler in den drei Kantonen Zürich, Bern und Aargau. Durchgeführt wurde die Studie von den jeweiligen Pädagogischen Hochschulen.

Dass die Exekutive der Schweiz Bundesrat heisst, wussten noch etwas mehr als die Hälfte der Befragten. Den Namen der Legislative kannten jedoch nur gerade 10%. 30% tippten auf Bundesrat, weitere auf Grosser Rat oder Tagsatzung. Rund ein Drittel meinte zu wissen, der Regierungsrat sei die Exekutive der Schweiz. Lediglich 23% der Schülerinnen und Schüler konnten alle drei Gewalten im Bund richtig bezeichnen. Ähnlich fielen die Resultate bei Fragen nach der Schweizer Geschichte aus. Fast die Hälfte glaubte, die Schweizer Demokratie bestehe seit 1291 und rund 75% der Schülerinnen und Schüler waren der Meinung, die Schweiz sei im zweiten Weltkrieg ausschliesslich und allein wegen ihrer Neutralität verschont geblieben.

Die Ergebnisse sind schockierend. Sie zeigen auf, dass die meisten Jugendlichen in der Schweiz trotz Medien, Internet, Geschichtsunterricht und Staatskunde politische Analphabeten sind. Und ich bin mir nicht so sicher, wie die Ergebnisse heraus gekommen wären, wenn man die Erwachsenen auch befragt hätte. Immerhin geht eine Mehrheit der Schweizerinnen und Schweizer nie an die Urne. Das beweist zwar nichts, lässt aber die nahe liegende Vermutung zu, dass da in Sachen politischem Verständnis wohl einiges im Argen liegt.

Die Resultate zeigen deutlich, dass die Schule im Bereich politische Bildung ihrer Aufgabe nicht gerecht wird. Zu den Gründen gehöre laut dem Berner Co-Autor der Studie, Daniel V. Moser, dass den Lehrerinnen und Lehrern nur extrem trockene Staatskunde-Lehrmittel zur Verfügung stünden. In der Grundausbildung würden zudem zu wenige inhaltliche und didaktische Informationen zur politischen Bildung vermittelt.

Eine Kollegin hat mir vor kurzem kleinlaut gebeichtet, dass sie nie stimmen und wählen ginge. Und zwar nicht, weil sie sich nicht dafür interessiert, sondern weil sie schlicht überfordert ist – und dass nach 9 Jahre Volksschule und drei Jahre Gymnasium. Sie ist da bestimmt nicht die Einzige. Das ist ein Armutszeugnis für die politische Bildung an unseren Schulen. Dabei ist es gerade in der Schweiz

mit ihrer viel gelobten direkten Demokratie besonders wichtig, dass die Bürgerinnen und Bürger wissen, wie unser politisches System funktioniert. Wer nicht als Jugendliche oder Jugendlicher für die Politik gewonnen werden kann, wird häufig auch später nicht dafür gewonnen.

Heute behandeln wir hier 5 Vorstösse, welche alle in dieselbe Richtung gehen. Die politische Bildung im Kanton Bern muss entschieden verbessert werden. Was braucht es dazu?

1. Erstens: Das Internet ist zunehmend die erste Anlaufstelle für Informationen. Es geht im ersten Vorstoss um eine Website zur Unterstützung der Lehrpersonen mit aktuellen und attraktiven Lehrinhalten aus allen Bereichen der Politik. Zentral ist dabei die Verbindung von politischen Inhalten, Prozessen und Institutionen. Ja, ich stimme der Regierung zu. Es gibt zahlreiche Websites. Aber praktisch bei allen geht es „nur“ um die vorherrschende isolierte Institutionslehre. Eine umfassende Website braucht gewisse finanzielle Mittel. Wir haben zwar viele kleine Websites zum Thema, aber keine erfüllt die Anforderungen einer modernen politischen Bildung wie sie dem neu erschienen Ordner „Politik und Demokratie – leben und lernen“ entspricht. Wenn Kantone und Bund zusammenspannen, wäre es möglich, ein aktuelles, attraktives Instrumentarium zu schaffen. Die Fachhochschule Nordwestschweiz kann dies nicht allein. Sie ist auf eine breite Unterstützung aus verschiedenen Kantonen angewiesen. Aus all den genannten Gründen **bestreite ich deshalb die Abschreibung und bitte Sie die Motion ohne Abschreibung anzunehmen.**
2. In meiner zweiten Motion geht es um die bessere Verankerung der politischen Bildung in der Grund- und Weiterbildung der Pädagogischen Hochschule. Der Antwort des Regierungsrates ist zu entnehmen, dass bereits heute viel in diesem Bereich geleistet wird. Aber ich frage mich, ob das reicht? Gerade wenn man bedenkt, dass die Ausbildung an der Pädagogischen Hochschule Bern sehr vielschichtig und intensiv ist. Diesen Eindruck habe ich aus Gesprächen mit PH Studentinnen und Studenten gewonnen. Geht da die politische Bildung bei all dem anderen Lernstoff nicht unter? Meines Erachtens ist wenig so wichtig, wie die Aufgabe, zukünftige Staatsbürgerinnen und Staatsbürger für unsere Demokratie zu gewinnen. Am besten erreichen wir dies durch eine Verbesserung der politischen Bildung. Ich halte nicht an der Motion fest, sondern wandle diese in ein Postulat, vertraue aber darauf, dass sich die Erziehungsdirektion und die PH ernsthaft mit einer Optimierung der Politischen Bildung auseinandersetzen werden.
3. Mein dritter Vorstoss ist die Interpellation ebenfalls zum Thema Verbesserung der politischen Bildung. Ich bin mit der Antwort des Regierungsrates sehr zufrieden und danke herzlich. Erfreut habe ich gesehen, dass der Regierungsrat die Problematik erkennt und dementsprechend handelt. Ich hoffe, dass der Kanton Bern der ungenügenden politischen Bildung aktiv entgegenwirken wird. Ich hoffe zudem, dass sich auch der Grosse Rat der Problematik bewusst ist und deshalb die Vorstösse unterstützen wird. Merci.